



Pressemitteilung vom 18.08.2017

Anklageerhebung gegen mutmaßliches IS-Mitglied

Die Bayerische Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus (ZET) bei der Generalstaatsanwaltschaft München hat Anklage

gegen einen 29-jährigen syrischen Staatsbürger

zum Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts München erhoben.

Dem Studenten der Medizin, der an der Universität Würzburg immatrikuliert ist und sich seit Ende September 2016 in Untersuchungshaft befindet, wird die mitgliedschaftliche Beteiligung bei der terroristischen Vereinigung „Islamischer Staat“ vorgeworfen. Etwa seit dem Jahr 2014 soll er versucht haben, mehrere andere Personen dazu zu bewegen, Anschläge für den IS zu begehen.

Daneben liegt ihm zur Last, an den Planungen für einen Bombenanschlag auf eine Synagoge in Berlin beteiligt gewesen zu sein.

Schließlich soll er dem damals 7-jährigen Sohn seiner früheren Lebensgefährtin Propaganda-Videos des IS gezeigt und ihn körperlich gezüchtigt haben, um ihn als Kindersoldaten zu trainieren.

Das Oberlandesgericht München hat noch nicht über eine Zulassung der Anklage entschieden.

Oberhauser
Oberstaatsanwalt
stv. Pressesprecher der Generalstaatsanwaltschaft München